



Keramikimplantate

Die Europäische Gesellschaft für Keramikimplantologie (ESCI) führte 2021 eine wissenschaftliche Umfrage zur „klinischen Anwendung von Keramikimplantaten“ durch. Hier die Ergebnisse.

Medigames

Die nächsten – die 41. Sportweltspiele der Medizin und Gesundheit, international bekannt als Medigames, finden vom 3. bis 10. Juli 2022 im Süden Portugals, an der Algarveküste, statt.

Stopp den Legionellen

Praxisinhaber sind gefordert, sowohl gesetzliche Auflagen zu erfüllen als auch den Infektionsschutz für Mitarbeiter und Patienten sicherzustellen. METASYS bietet passende Lösungen.

No. 3/2022 · 19. Jahrgang · Leipzig, 27. April 2022

Weltweiter Schutz von Kindern und Schwangeren vor Amalgamfüllungen

Beschluss der UN-Konferenz gilt ab 25. Juni 2022.

NUSA DUA – Auf der vierten UN-Konferenz der Minamata-Konvention über Quecksilber (21.–25. März in Bali) haben sich mehr als 130 Länder darauf geeinigt, vulnerable Bevölkerungsgruppen vor der Verwendung von Amalgam in der Zahnmedizin zu schützen. Ab dem 25. Juni 2022 sollen weltweit keine Amalgamfüllungen mehr bei Kindern, Schwangeren und stillenden Frauen verwendet werden.

Die Minamata-Konvention ist ein internationales Abkommen zur Verringerung der Emissionen von Quecksilber, das 2017 in Kraft getreten ist. Vertragsgemäß wurde die Liste der quecksilberhaltigen Produkte in diesem Jahr überarbeitet, weshalb unter anderem Amalgamfüllungen im Fokus standen.

Sowohl die EU als auch die 37 Parteien der Afrikanischen Region hatten Vorschläge zur Regulierung der Verwendung von Amalgamfüllungen eingereicht. Der Vorschlag der Afrikanischen Union sah einen generellen Ausstieg bis 2029 vor, während die EU forderte, zunächst nur die derzeit in Europa geltenden Maßnahmen in den Vertrag aufzunehmen.

Im Vorfeld der Konferenz wurden den Parteien vom Sekretariat der Konvention und der WHO Informationen über die Verfügbarkeit von Alternativen und Erfahrungen mit dem schrittweisen Ausstieg zur Verfügung gestellt. Die WHO forderte eine weltweite Umstellung auf „minimalinvasive“ und quecksilberfreie Zahnmedizin.

So musste die Afrikanische Region nach langen Diskussionen dem Druck nachgeben und stimmte einem etwas verwässerten Vorschlag der

EU und einem Kompromiss bei der Forderungen nach nationalen Plänen zu.

Ab dem 25. Juni 2022 gilt:

- Amalgam soll nur noch in verkapselter Form verwendet werden.
- Jede Partei soll von der Verwendung von Amalgam bei Milchzähnen, Patienten unter 15 Jahren, Schwangeren und stillenden Frauen abtönen oder diese ausschließen bzw. verbieten, indem sie entsprechende Maßnahmen ergreift, es sei denn der Zahnarzt hält dies für notwendig aufgrund der Bedürfnisse des Patienten.

Außerdem soll ein überarbeitetes Berichtsformat der Minamata Konvention erstellt werden, um Informationen über die ergriffenen Maßnahmen zur Verringerung der Verwendung von Amalgam zu sammeln.

In der EU sind Amalgamfüllungen bei Kindern bis zu 15 Jahren, Schwangeren und stillenden Frauen bereits seit 2018 verboten und alle Mitgliedstaaten haben nationale Pläne zum Ausstieg verfasst. Ein Gesetzentwurf der Europäischen Kommission für eine EU-weite Regelung wird bis Jahresende ausgearbeitet.

„Es gibt keine Ausreden mehr.“

Florian Schulze, Geschäftsführer der IG Umwelt-ZahnMedizin, Leiter des European Centers for Environmental Medicine und Vizepräsident (für Eu-



World Alliance for Mercury-Free Dentistry.

ropa) der World Alliance for Mercury-Free Dentistry, hat als Experte an der Konferenz teilgenommen. Er begrüßt die Entscheidung: „Die Welt ist sich einig, dass Amalgam für Kinder und andere vulnerable Gruppen nicht sicher ist – weder im Mund noch in ihrer Umwelt. Das ist ein erster Schritt.“

„In Europa sind wir bereits auf der Zielgeraden. Jetzt müssen wir so schnell wie möglich anderen Ländern helfen. In Afrika gibt es kaum eine Infrastruktur, um die giftigen Abfälle zu entsorgen. Sie wollen lieber aussteigen, als diese aufbauen zu müssen; wo doch Amalgam ohnehin keine Zukunft hat“, so Schulze weiter. „Wir erwarten auch von Deutschland, den Amalgam-Ausstieg noch in diesem Jahr zu beschließen. Polen hat es im Februar vorgemacht und Amalgamfüllungen ohne eine Übergangsphase aus den gesetzlichen Kassenleistungen gestrichen. Es gibt keine Ausreden mehr. Selbst die Hersteller von Amalgam verlassen das sinkende Schiff.“

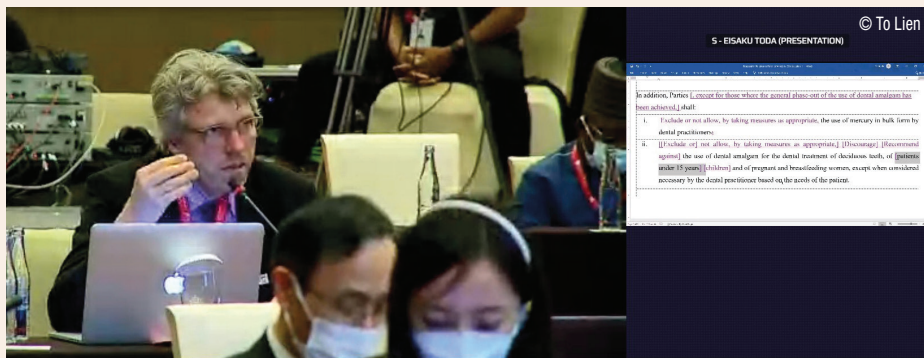
Seit Mai 2021 sind die gesetzlichen Sicherheitsanforderungen (durch die neue Medizinpro-

dukte-Verordnung) deutlich gestiegen und stellen eine Herausforderung für die Zulassung von Amalgamfüllungen in Europa dar.

Hersteller müssen jetzt nachweisen, dass die Freisetzung von Quecksilber und anderen Bestandteilen von Amalgam die Sicherheitsschwellenwerte unter allen möglichen Bedingungen wie Zähneknirschen, Kauen, Alterskorrosion oder oralem Galvanismus nicht überschreitet.

Sollte sich die Hürde als zu hoch herausstellen, würde die Verfügbarkeit spätestens im Mai 2024 versiegen. Bisher wurde keine Zulassung nach diesen neuen Kriterien erteilt, im Gegenteil: Eine aktuelle Recherche der IG Umwelt-ZahnMedizin hat ergeben, dass bereits Dentsply Sirona, Kerr, Ivoclar, Ardent, DMP, DMG und Unodent aus dem Geschäft in Europa ausgestiegen sind oder angekündigt haben, auszusteigen. [DI](#)

Quelle: IG Umwelt-ZahnMedizin (IgUZ)



Florian Schulze, Geschäftsführer der IG Umwelt-ZahnMedizin.

Lieferengpässe von Arzneimitteln in Europa

Apotheker fordern: Produktion relevanter Wirkstoffe muss in Europa gehalten und ausgebaut werden.

BERLIN – Die seit Jahren anhaltenden Lieferengpässe von lebenswichtigen Arzneimitteln müssen auf europäischer Ebene sowohl kurz- als auch langfristig mit großer Entschlossenheit angegangen werden. Dazu gehören einerseits schnellere und umfassendere Warnungen von pharmazeutischen Unternehmen und Großhändlern über akute Probleme. Andererseits muss die Produktion relevanter Wirkstoffe in Europa gehalten und ausgebaut werden. „Wichtige Medikamente wie Antibiotika oder Schmerzmittel müssen jederzeit verfügbar sein, damit Patienten im Akutfall schnell behandelt werden oder ihre Langzeittherapie erfolgreich fortsetzen können. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, um dieses Versprechen für Millionen betroffener Menschen in ganz Europa einzulösen“, sagt Mathias Arnold, Vizepräsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände ABDA vor dem Hintergrund einer am 1. März in Kraft getretenen EU-Verordnung, die der Europäischen Arzneimittelagentur (engl. EMA) eine verstärkte Rolle bei der Krisenvorsorge und -bewältigung zuweist. Zentrales Hilfsmittel soll die Europäische Plattform zur Über-

wachung von Engpässen (EPÜE) sein, die mit Daten von pharmazeutischen Unternehmen und aus den Mitgliedstaaten gespeist wird.

Frühe Vorwarnungen von Herstellern und Behörden

Lieferengpässe bedeuten auch Aufwand für die Apotheken. Im Durchschnitt wendet das Apothekenpersonal in Europa 5,1 Stunden pro Woche auf, um Lieferengpässe von Arzneimitteln zu managen. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage durch den Zusammenschluss der Apotheker in der Europäischen Union (ZAEU) in 27 Ländern. „Wir müssen von der Mehrbelastung durch Lieferengpässe wegkommen. Bei akuten Lieferausfällen von Medikamenten brauchen die Apotheken möglichst frühe Vorwarnungen von Herstellern und Behörden sowie mehr eigene Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl von Alternativpräparaten“, sagt Arnold: „Mittel- und langfristig müssen wir die Produktion wichtiger Wirkstoffe in Europa stärken, die auch gemeinsame Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards berücksichtigt.“ Seit Beginn der Coronapandemie gebe es zumindest



in Deutschland mehr pharmazeutische Beifreiheit in den Apotheken, so Arnold: „Die SARS-CoV-2-Arzneimittelversorgungsverordnung muss über die Pandemie hinaus verlängert werden, damit Apotheken ihren Patienten weiterhin andere Packungsgrößen und Wirkstärken oder gar ähnliche Wirkstoffe mitgeben dürfen, um sie schnell und sicher zu versorgen.“ [DI](#)

Quelle: ABDA